

NACH DEM RUTSCH IST VOR DEM RUTSCH

Wenn Sie sich die Wochenendstimmung nicht vermiesen lassen wollen, lesen Sie diese Ausgabe bitte erst ab Seite 3 unten. Nicht dass ich bis dahin irgendetwas „Investigatives“ präsentieren würde; ich bediene mich wie immer nur für jedermann öffentlich zugänglicher Informationen. Und unsere Politik und unsere Geheimdienste sollten zu allererst dorthin schauen als Nadeln im Heuhaufen zu suchen.

Liebe Leserinnen und Leser,

Fortschritt ist schon etwas eigenartiges. Und glaubt man den in dieser Woche vorgelegten Ergebnissen der Hamburger „Stiftung für Zukunftsforschung“, ist hierzulande vor allem eines fort (im Sinne von hinweg-) geschritten, nämlich die Muße des Nichtstuns. Denn nach einer repräsentativen Umfrage kommt Nichtstun als Freizeitbeschäftigung heutzutage gar nicht mehr vor. Vielmehr fanden die Forscher heraus, dass „jede freie Minute dazu benutzt wird, etwas mit dem Smartphone zu erledigen“.

Wenn man wie ich solch ein Gerät gar nicht besitzt, fragt man sich mit einer Mischung aus Ratlosigkeit und Staunen, was es denn da ständig zu erledigen gibt. Da die Umfrage zudem ergab, dass Fernsehen nach wie vor auf Platz eins der Freizeitaktivitäten steht, ist es geradezu erstaunlich, dass das Wissen um aktuelle Geschehnisse vor allem bei Jüngeren irgendwo zwischen wenig und nichts zu liegen scheint. Genau in dieser Altersgruppe der 18- bis 29jährigen ist das persönliche Pflegen von Kontakten (von Mensch zu Mensch) aus Platz 1 bis 10 der Freizeitaktivitäten völlig herausgefallen.

Natürlich: Man könnte ja auch einmal ein Buch lesen. Thomas Barnett beispielsweise ist unbedingt lesenswert. Und da seine Bestseller nur in Englisch zur Verfügung stehen, lassen sich dabei en passant auch vom Vergessen bedrohte Sprachkenntnisse reaktivieren.

Thomas P. M. Barnett ist Militärstratege und war u. a. unter Ex-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld als Berater im Pentagon tätig. Von seinen bis jetzt drei Büchern empfiehlt sich zur entspannenden Lektüre vor allem das 2006 erschienene „Blueprint For Action“, indem der Autor die Globalisierungsstrategie der USA und den Weg zur NWO (Neue Weltordnung) als Blaupause künftigen Handelns skizziert. Unter anderem lesen wir dort:

„Das Endziel ist die Gleichschaltung aller Länder der Erde [...] durch die Vermischung der Rassen, mit dem Ziel einer hellbraunen Rasse in Europa, dazu sollen in Europa jährlich 1,5 Millionen Einwanderer aus der dritten Welt aufgenommen werden. Das Ergebnis ist eine Bevölkerung mit einem durchschnittlichen IQ von

90. zu dumm um zu begreifen, aber intelligent genug zum Arbeiten.“ Für Zeitgenossen, die sich diesen Plänen widersetzen sollten, hat Barnett auch gleich eine ganz pragmatische Lösung parat: „Kill them.“

Mit entwaffnender Offenheit geht Mr. Barnett auch auf die eigenen Landsleute zu. „Somit ist das strategische Ziel klar vorgegeben: Vernichtung aller Gegner, die sich der Globalisierung widersetzen und damit den Freiheiten, die sie eröffnet. Wenn nötig, werden wir einen neuen 11. September inszenieren.“

Neben George Friedman, der uns frank und frei die US-Beteiligung am Putsch in der Ukraine und die US-Strategie zur Verhinderung einer deutsch-russischen Partnerschaft erklärt (s. Vorausgaben) erscheinen Mr. Barnetts Offenbarungen nicht minder spektakulär.

Dass die in einem Bestseller eines namhaften Militärstrategen nachzulesende Aussage, dass man nötigenfalls einen neuen 11. September inszenieren müsse, nicht weltweit und vor allem in den USA zu einem Aufruhr geführt hat, ist kaum nachvollziehbar. Zumal die Ereignisse dieses Tages über den „PATRIOT Act“ massive Einschnitte in die Bürgerrechte der Amerikaner gebracht haben. Wikipedia schreibt dazu:

„Der USA PATRIOT Act ist ein US-amerikanisches Bundesgesetz, das am 25. Oktober 2001 vom Kongress im Zuge des Krieges gegen den Terrorismus verabschiedet wurde. Es war eine direkte Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 [...]“

Das stimmt so allerdings nicht. Denn der heutige US-Vizepräsident Joe Biden reklamierte in dieser Woche die Urheberschaft für das Gesetz für sich: Bereits 1995 habe er das Gesetz fast komplett verfasst - in Reaktion auf den grässlichen Bombenanschlag in Oklahoma City: <http://www.gegenfrage.com/patriot-act/>.

Das stimmt nun allerdings auch wieder nicht. Denn Joe Biden brachte seinen Gesetzesentwurf unter dem Namen „Omnibus Counterterrorism Act of 1995“ am 10. Februar 1995 in den Kongress ein, der Bombenanschlag in Oklahoma City ereignete sich aber erst am 19. April 1995.

Der „PATRIOT Act“, modifiziert am 2. Juni d. J. durch den in die Irre führenden Namen „Freedom Act“ und damit der drastischste Einschnitt in die Bürger- und Freiheitsrechte der Amerikaner war also bereits fertiggestellt, bevor es irgendwelche größeren terroristischen Attacken auf die USA gegeben hatte.

Ich lasse das alles einmal weitgehend unkommentiert und überlasse die Schlussfolgerungen Ihnen. Die völlig schamlos und mit einer gleichermaßen fraprierenden Offenheit wie menschenverachtender Arroganz vorgetragenen Ideen der Herren Friedman und Barnett sind jedoch erkennbar das genaue Gegenteil der von den USA immer und immer wieder propagierten Werte.

Denn mit Demokratie, Frieden, Freiheit, Menschenrechten, freier Meinungsäußerung, Souveränität von Staaten, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, der territorialen Integrität oder was sonst alles immer wieder als genuine Ziele der amerikanischen Politik verkündet wird, hat das rein gar nichts mehr gemein. Wohl aber mit deren Abschaffung oder Unterdrückung.

Dwight D. Eisenhower und John F. Kennedy - ich hatte es wiederholt thematisiert - haben vor der heutigen Entwicklung und der Machtübernahme durch den „militärisch-industriellen Komplex“ gewarnt. Aber wie es

aussieht, konnten sie ihn nicht abwenden. Wer das kurze Video noch nicht kennt, hier ist es: <https://www.youtube.com/watch?v=jRER8m0zHrM>.

Dass es in den USA Bücher bekannter „Vordenker“ als Bestseller in die Verkaufslisten schaffen, in denen sich in Reinkultur eine Ideologie des Bösen wiederfindet, ist bedrückend genug. Dass Berlin, Paris und Brüssel so tun, als ob sie diese Machwerke und die geradezu verstörende Umsetzung des dort 2006 und 2011 Skizzierten gar nicht kennen würden, ist allerdings noch ärger. Europas Staatslenker lassen sich wie am Nasenring durch die weltpolitische Manege ziehen, obwohl ihnen tatsächlich schwarz auf weiß vorliegt, dass sie und wir alle auf diverse Schlachtbänke geführt werden sollen. Vielleicht liest die Kanzlerin mal wieder was. Wer Völkerwanderungen verhindern will, muss in Washington vorstellig werden. Nirgends sonst.

Dass es noch Leute gibt, die Ross und Reiter beim Namen nennen, zeigt sich bei Willy Wimmer, der 33 Jahre dem deutschen Bundestag angehörte. Für die CDU. Seinen bemerkenswerten Beitrag finden Sie hier: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=27348>. Unter anderem schreibt Herr Wimmer zur Flüchtlingsthematik: „Nichts darüber verlautet, dass man sich die amerikanische Kriegspolitik verbittet, die eine wesentliche - wenn nicht zentrale - Ursache für die derzeitigen Verwerfungen auf dem Globus und bei uns ist.“

Ukraine: Schuldenerlass

Am kommenden Dienstag ertönt der Gong zur nächsten Runde des Waffenstillstandes in der Ukraine. Immerhin: Nachdem der ukrainische Staatspräsident Poroschenko am Montag der Kanzlerin und Francois Hollande von der gefühlten 2.473ten Invasion russischer Truppen berichtete, die dummerweise immer nur von ihm gesehen werden, stellte der „Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland [etc. etc.], Gernot Erler fest, „dass in Kiew nicht alle an der Einhaltung von Minsk II interessiert sind“. Sehr diplomatisch formuliert.

Denn Herr Poroschenko ist das auch nicht. Was im Westen aber niemand wissen kann, obwohl er es ja in fast jeder Rede betont. Dennoch wurden der Ukraine am Donnerstag Schulden in Höhe von 3,6 Milliarden Euro erlassen, wie die aus den USA stammende Finanzministerin Natalia Jaresko mitteilte. Die Historie der Dame finden Sie hier: https://de.wikipedia.org/wiki/Natalija_Jaresko. Der Schuldenschnitt entspricht 20 Prozent der ukrainischen Verbindlichkeiten. Und nun darf man den Griechen einmal erklären, warum einem Nicht-EU- und Nicht-Euroland ein Schuldenschnitt gewährt wird, Athen aber nicht. Ich bin gespannt.

Brüssel hatte am Donnerstag allerdings noch gleich ein weiteres Bonbon für Kiew parat: Künftig sollen ukrainische Bürger auch ohne Visum in die EU einreisen können - trotz der bereits bestehenden Probleme der Migrationsbewegungen <https://euobserver.com/foreign/130020>. Ich will nicht unken, aber speichern Sie sich diese Ausgabe des Newsletters getrost einmal ab: Findet Europa nicht sehr, sehr schnell einen Ausweg aus dem Flüchtlingsdilemma und spricht einmal an, welches „Bindeglied“ denn zwischen Irak, Afghanistan, Syrien und der Ukraine besteht, wird es hierzulande Zustände geben, die ich mir nicht vorstellen möchte.

Bloody Monday - die Nachlese

Am vergangenen Samstag hatte ich noch einmal an meine am 5. August in „Börse online“ veröffentlichte Prognose hingewiesen, dass Sie besonders auf den 24. August achten sollten. Und wie Sie heute wissen,